

# Masterplan Integration

## des Oö. Integrationsressorts



**Rudi Anschober**

Landesrat für Integration, Umwelt,  
Klima- und KonsumentInnenschutz

Aktuelle Flüchtlingssituation 2014 – 2016  
Teilbereiche bereits umgesetzt  
bzw. in Umsetzung

# I.

## Grundsatz und Ankommen

### **Mission Statement/Leitbild des Oö. Integrationsressorts**

„Ziel der Integrationsbemühungen des Landes Oberösterreich muss es sein, ein gutes Miteinander zu erreichen. Dazu zählt, Deutschkompetenzen und soziale Integration durch die Vermittlung der Grundlagen des Zusammenlebens in Oberösterreich – im rechtlichen wie soziokulturellen Sinn – frühzeitig zu vermitteln. Dies bedeutet, dass Integration nun ab dem ersten Tag ab Zulassung zum Asylverfahren erfolgt und die Zeit – oftmals Jahre – bis zum Abschluss des Asylverfahrens nicht mehr ungenutzt bleibt. Gleichzeitig ist es unser Ziel, die Integration dezentral und möglichst gut vernetzt durchzuführen und Konzentrationen in einigen wenigen urbanen Gebieten möglichst gering zu halten. So kann ein bestmögliches Zusammenleben der österreichischen Ursprungsgesellschaft und der neuen MitbürgerInnen gelingen.“

#### **Ausgangsbeschreibung**

Anfang 2017 befinden sich rund 13.000 AsylwerberInnen in 530 kleinen und mittelgroßen oberösterreichischen Quartieren der Grundversorgung, wie dies der Landesstrategie zur Ermöglichung der Integration von Anbeginn an entspricht. Dieser Strategie ist es auch geschuldet, dass bis dato in Oberösterreich lediglich in zwei Fällen vom Durchgriffsrecht des Bundes Gebrauch gemacht wurde. Oberösterreich erfüllt mittlerweile die Bundesquote zu fast hundert Prozent.

Durch die Entwicklungen im Bereich der Asylgesetzgebung und anderer österreichischer, wie auch europäischer Maßnahmen, ist eine Prognose hinsichtlich der zu erwartenden Asylanträge aktuell nicht möglich, wie Aussagen des BMI zu entnehmen ist.

Oberösterreich besitzt für die Umsetzung einer Integrationsoffensive gute Voraussetzungen: kleine, auf das ganze Bundesland verteilte Quartiere, professionelle und hochengagierte Nichtregierungsorganisationen und private QuartierbetreiberInnen, weit über 10.000 freiwillige HelferInnen, viele engagierte BürgermeisterInnen,

Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden, Kirchen, Sozialpartner, Wirtschaftstreibende u. v. m. Für die Integration ist ein breites Netzwerk in OÖ entstanden: von den Mitgliedern der Landes-Steuerungsgruppe, über die BHs als Bezirkskoordinatoren, von den zuständigen Fachabteilungen des Landes OÖ, über NGOs und Hilfsorganisationen, Exekutive und Vereine, von den ReKIs als Fachbegleitung vor Ort, über die Gemeinden als Orte der Integration bis hin zur Plattform „ZusammenHelfen in OÖ“ und der Vertretung der Zivilgesellschaft.

## Netzwerk Integration in ganz Oberösterreich

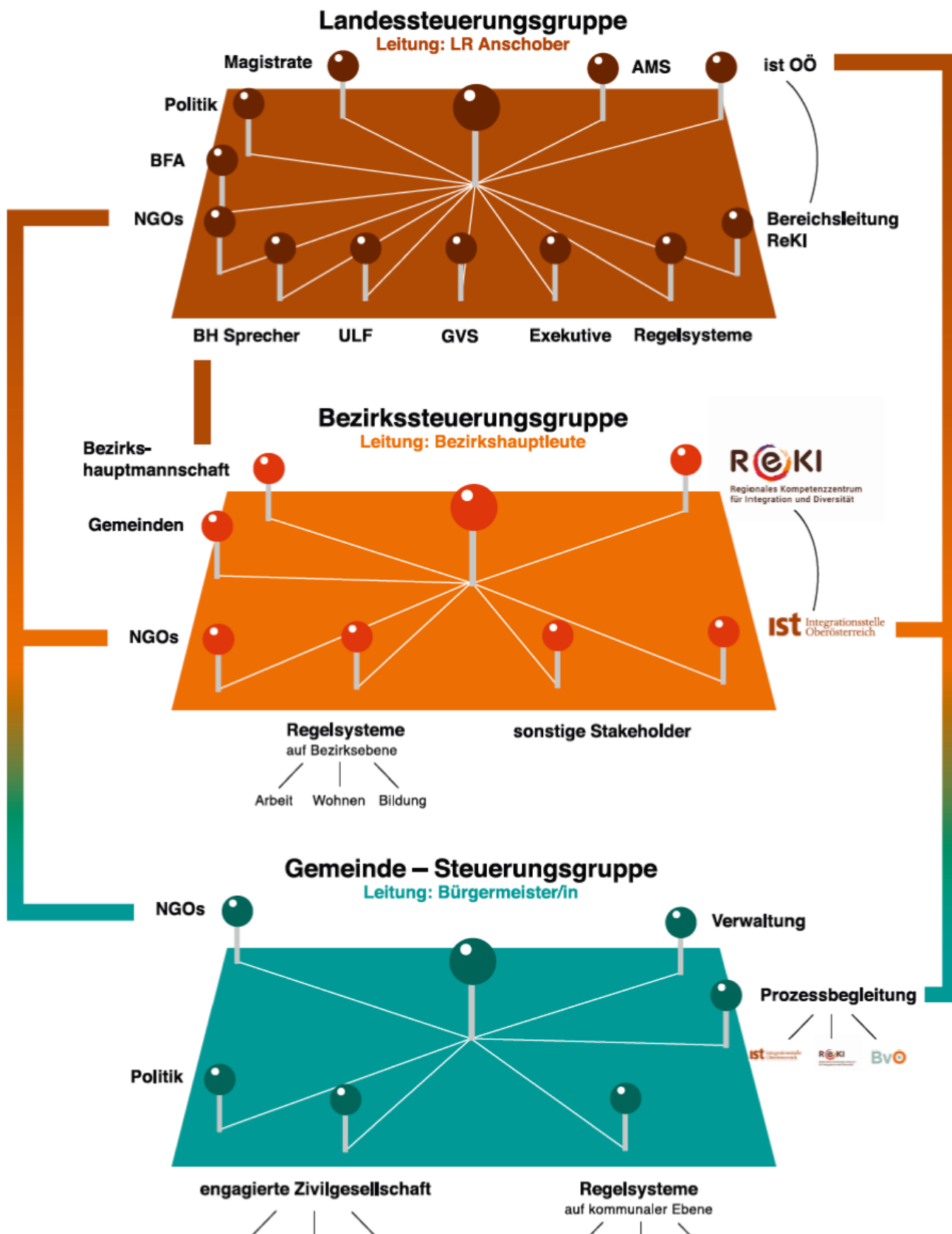
Die Steuerungsgruppe des Landes steht im Mittelpunkt, wird zweiwöchentlich von LR Anschöber geleitet und dient als Info-Drehzscheibe, fixiert zentrale Maßnahmen und koordiniert die landesweite Umsetzung von Integration.

Sie setzt sich aus folgenden VertreterInnen zusammen:

- der Landes-Fachdienststellen (Grundversorgung, Integration, Wirtschaft, Bildung)
- des Landesamtsdirektors
- des Landeshauptmannes
- des Wirtschaftslandesrates
- des Bildungslandesrates
- des Bundesministeriums für Inneres
- des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl
- der Bezirkshauptmannschaften
- der Landespolizeidirektion
- des Büros der Stadträtin für Integrationsangelegenheiten
- des Magistrats der Stadt Linz
- des Landesschulrates
- der in der Flüchtlingsbetreuung tätigen NGOs (Volkshilfe, Caritas, Diakoniewerk, Rotes Kreuz, SOS-Menschenrechte, Noah Sozialbetriebe, pro mente, Arbeiter-Samariter-Bund)
- der Regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKis)
- der Plattform ZusammenHelfen in Oberösterreich – Gemeinsam für geflüchtete Menschen
- des Arbeitsmarktservices
- u. v. m.

In eigenen Bezirks-Steuerungsgruppen sind viele BHs gemeinsam mit AMS, NGOs, ReKIs u.a. schon aktiv, haben v. a. bei der Quartiersuche erfolgreiche Arbeit geleistet. Nun erhalten sie eine Koordinierungsfunktion bei der Umsetzung der Integrationsarbeit in ihrem jeweiligen Bezirk (nicht operativ), generell werden von den Bezirkshauptleuten Steuerungsgruppen gebildet, in die die wichtigsten PartnerInnen für Integration beigezogen werden. Auch die Gemeinden mit Asylquartieren bilden Steuerungsgruppen zur Umsetzung der Integrationsmaßnahmen in den Gemeinden.

Regionale Kompetenzzentren für Integration und Diversität sind FachberaterInnen für Integration vor Ort und unterstützen die Arbeit in jedem einzelnen Bezirk – flächendeckend in ganz OÖ. Sie stehen auch den Gemeinden beratend zur Seite und leisten wertvolle Vernetzungsarbeit.



Gemeinden als Ort der Integration: In vielen Gemeinden wurden bereits im Zuge der Schaffung der Quartiere auch Steuerungsgruppen eingerichtet, als Ansprechpartner für sämtliche Anliegen. Unterstützung kommt auch von BürgermeisterInnen-Konferenzen.

Über 10.000 HelferInnen sind in OÖ mittlerweile für die Integration aktiv und stellen vielfach die BrückenbauerInnen in den Gemeinden dar. Als Anlaufstelle für die Engagierten dienen ZusammenHelfen in OÖ und die Integrationsstelle OÖ. Die HelferInnen sind für die Integration von entscheidender Bedeutung.

NGOs haben sowohl in der Grundversorgung als auch bei der Integration mit Kompetenz und Engagement wesentliche Bedeutung und sind ein besonders wichtiger Partner des Integrationsressorts. Ein Schulterschluss aller beteiligten Menschen, Organisationen, Behörden und Einrichtungen in der Integrationsarbeit ist unumgänglich. Diesem Ziel dienen auch regelmäßige Fachkonferenzen wie die Integrationskonferenz, die Konferenz der Integrationsbeauftragten der Gemeinden, die HelferInnenkonferenz, die Quartiergeber-Konferenz etc.

Ende 2015 wurde von Integrations-Landesrat Anschöber die Initiative „ZusammenHelfen in OÖ – gemeinsam für geflüchtete Menschen“ ins Leben gerufen. Damit wurde eine breite Allianz der Menschlichkeit gegründet, die sowohl Quartiersuche als auch Integration unterstützt und mitträgt. In ihr sind die NGOs und Hilfsorganisationen, die Kirchen, die Bildungseinrichtungen, die Sozialpartner, die Städte und Gemeinden und viele andere mehr zusammengeschlossen. Große Unterstützung kam stets von der Exekutive. Eine große landesweite Integrationsbewegung ist im Entstehen. Wir verbinden uns, lernen voneinander und stärken uns.

Die Initiative „ZusammenHelfen in OÖ“ wurde auch als zentrale Anlaufstelle für alle Interessierten und Engagierten etabliert, die für Freiwillige, Initiativen, Vereine, Gemeinden usw. als Wissens- und Kommunikations-Drehscheibe dient:

- Die Website [zusammenhelfen.ooe.gv.at](http://zusammenhelfen.ooe.gv.at) bündelt sämtliche Informationen und Aktivitäten rund um das Thema „Gemeinsam für geflüchtete Menschen“ – fast täglich werden neue aktuelle Infos, häufige Fragen & Antworten, wichtige Links und Infomaterial online gestellt.
- Für sämtliche Fragen steht auch das Info-Telefon von „ZusammenHelfen in OÖ“ bereit unter 0732 / 770 993 oder die Mailadresse [zusammenhelfen@ooe.gv.at](mailto:zusammenhelfen@ooe.gv.at)

Die Steuerung der Umsetzung des Masterplans Integration erfolgt durch die Steuerungsgruppe des Landes unter Leitung des Integrationsreferenten.

## Zieldefinition

- 1) Integration ab der Zulassung zum Asylverfahren: Nicht mehr wie in der Vergangenheit mit dem Asylbescheid, sondern bereits mit dem Tag der Zulassung beginnt in Oberösterreich die Integrationsarbeit. Insbesondere Deutschkurse, Vermittlung der Orientierung etc. beginnen möglichst rasch. Die oft lange Wartezeit bis zum Bescheid wird bestmöglich genutzt, auch um die weiteren Integrationsschritte ebenfalls beschleunigen zu können.
- 2) Integration in der Region: Anstatt wie in der Vergangenheit eine massive Zentralisierung nach dem Asylbescheid in einigen wenigen Städten zu riskieren, wollen wir in Zukunft die Integration möglichst dezentral verwirklichen. Dazu ist die Struktur der Quartiere in der Grundversorgung, klein und flächendeckend, eine hervorragende Voraussetzung.

- 3) Freiwillige HelferInnen, NGOs und Religionsgemeinschaften (z. B. Pfarren) fungieren als kommunale IntegrationspartnerInnen vor Ort. Über sie ist in und mit den Gemeinden eine soziale Beziehung entstanden. Vielfach gründen sich Patenschaften. Dadurch wird es den neuen MitbewohnerInnen ermöglicht, sich u. a. über den Zugang zu Arbeitsplätzen und Wohnungen in der Region integrieren zu können.
- 4) Strukturelle und institutionelle Integration: Mit den Regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKIs) besteht in Oberösterreich eine einmalige, flächendeckende Struktur, die allen IntegrationsakteurInnen hilft, die Herausforderungen bestmöglich zu meistern. Durch die Begleitung und Beratung der ReKIs werden Institutionen, Organisationen und freiwillig Engagierte kompetent im gesellschaftlichen Wandel unterstützt.
- 5) Beidseitiger Respekt und das Ziel eines guten Miteinanders ist die Grundlage für erfolgreiche Integration.
- 6) Klare Regeln von der Verfassung über Grund- und Menschenrechte und die Gleichstellung von Mann und Frau werden vermittelt, Österreich ist eine säkulare Gesellschaft, Religion steht nirgendwo über dem Gesetz. Über diese Regeln wird ab dem Tag des Asylantrages informiert. Ebenso über Rechtsfolgen und drohende Sanktionen bei Verstößen. Diese Grundregeln gelten für alle in Oberösterreich lebenden Menschen, natürlich auch für Asylwerbende und Asylberechtigte.
- 7) Integration als einen dauerhaften, beidseitigen Prozess verstehen. Integration in Oberösterreich ist keine einmalige Angelegenheit, sondern ein beidseitiger Prozess über längere Sicht, um ein gutes Miteinander zu erarbeiten und nachhaltig zu sichern.

## Ankunft in der Grundversorgung

Im Regelfall erfolgt nach Asylantragstellung eine erste Prognoseentscheidung, ob eine Zulassung zum Asylverfahren zu erwarten ist. Je nach Ausgang wird die Aufnahme in ein Bundesverteilungszentrum oder eine Bundesbetreuungsstelle veranlasst. Bei positiver Prognose wird nach Ersterhebung der Fluchtdaten und einer medizinischen Untersuchung eine Zulassung zum Asylverfahren ausgesprochen. In der Folge entsteht – bei Vorliegen von Hilfsbedürftigkeit – durch die Zuweisung in die Landesgrundversorgung eine konkrete Zuständigkeit eines Bundeslandes. In Rücksprache mit der jeweiligen Grundversorgungsstelle und unter Berücksichtigung eventueller besonderer Erfordernisse (unbegleitete Minderjährige, Menschen mit Behinderung, Opfer des Menschenhandels, etc.) wird der/die AsylwerberIn einem Grundversorgungsquartier zugewiesen.

Sowohl Bund als auch alle neun Bundesländer haben sich zur Umsetzung sogenannter Mindeststandards in den Quartieren verpflichtet. Dies auch unter dem Aspekt, dass der Großteil der AsylwerberInnen in den meisten Fällen für die gesamte Dauer des Asylverfahrens (teilweise also einige Jahre) unter relativ beengten Umständen in der zugewiesenen Unterkunft wohnhaft ist. QuartiergeberInnen haben daher auch den Auftrag, ihre BewohnerInnen entsprechend anzuleiten, um so eine schnellstmögliche Heranführung an die neuen (Gesellschafts)-Strukturen in den verschiedenen Lebensbereichen zu unterstützen.

## II.

# Die Kernbereiche – sechs Säulen der Integration

## 1. Zusammenleben & Orientierung

Für jeden Menschen bedeutet das Ankommen und sich Zurechtfinden in einem neuen Umfeld und einem neuen Land eine Herausforderung – v.a., wenn man aus seiner Heimat fliehen musste und Schutz in einem anderen Land sucht. Gerade in der ersten Phase ist es wichtig Orientierung zu bekommen, wie das Leben in einem neuen Umfeld funktioniert. Das Verstehen, wie Zusammenleben vor Ort funktioniert, das Rollenverständnis von Mann und Frau, die Funktionsweisen der Gesetze und das Vorgehen des Staates sind ebenso wichtig, wie das Verstehen auf sprachlicher Ebene, um gut miteinander leben zu können. Dieses Miteinander bedingt ein aufeinander Zugehen von alten und neuen EinwohnerInnen. Dies wollen wir bestmöglich fördern, denn das ist unser Anspruch an Integration. Integration ist das, was wir daraus machen. Gesamtgesellschaftlich betrachtet bedeutet dies konkret eine Anerkennung und Förderung von respektvollem Umgang im Miteinander, Gewaltfreiheit, Solidarität und Menschenwürde.

### **Ziel 1:**

**Rasche Information über die Grundregeln des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft, wie auch Rechtsfolgen und drohende Sanktionen bei Verstößen**

### **Maßnahmen:**

- a) Infoleitlinie in Form einer mehrsprachigen Broschüre bei Einzug und Auszug aus der Grundversorgung.
- b) Information und Transparenz für geflohene Menschen über das Asylverfahren (Ablauf des Asylverfahrens sowie der Bedeutung der einzelnen Verfahrensschritte.)
- c) Information und begleitende Maßnahmen durch hauptberufliches Betreuungspersonal sowie durch private HelferInnen auf Basis der Broschüre „Orientierung in Oberösterreich“.
- d) Orientierung und Spracherwerb: Durch die möglichst breite Einbettung der Inhalte der Broschüre des ÖIF in Deutschkurse wird eine bestmögliche und nachhaltige Vermittlung der Grundzüge und Regeln des Zusammenlebens in Oberösterreich gewährleistet. Deutschkurse werden neben dem Erwerb sprachlicher Kompetenzen auch zur Orientierungsvermittlung genutzt.
- e) Informationen über Möglichkeiten und über weiterführende Kontakte sowie Hilfestellungen ab dem Tag des Asylbescheides und bereits Vorabinformationen in der Grundversorgung (GVS) zur Wohnungssuche, Arbeitsplatzsuche u.a.m., bzw. Informationen und Betreuung nach dem rechtskräftig negativen Asylbescheid (z. B. durch Projekte wie Starthilfe zur Integration, VH)
- f) Information und Sensibilisierung von Behörden in Bezug auf Integration und Vielfalt (Vielfalt in der Verwaltung)

## **Ziel 2:**

### **Sicherheit der AsylwerberInnen in den GVS-Quartieren gegen Bedrohungen von außen und Sicherheitsproblemen im Inneren**

#### **Maßnahmen:**

- a) Umsetzung des Projektes „Kompetenz- und Lagezentrum Migration – KLM“ der Oö. Exekutive als Vernetzung und zur Prävention vor Ort zwischen Polizei und UnterkunftsbetreiberInnen.
- b) Deradikalisierungsmaßnahmen durch ständige Aufmerksamkeit und durch die Deradikalisierungsarbeitsrunde, in der Sozialarbeiter, Schulbehörden, Extremismusexperten und die Exekutive ständig mit dem Integrationsressort zusammenarbeiten
- c) Gute Ausbildung und kontinuierliche Schulungen von BetreuerInnen und Zivilgesellschaft.
- d) Ausweitung der Justizaufklärungsprojekte – auch im Rahmen von Peers – Projekten zur Prävention in AsylwerberInnenunterkünften
- e) Präventions- und Aufklärungsarbeit in Jugendzentren, wo sich vermehrt Jugendliche mit Migrationshintergrund aufhalten zur Extremismusprävention mittels des Workshops/Peers-Projektes von Moussa Diaw

## **Ziel 3:**

### **Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen, insbesondere von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und Frauen sowohl in der Grundversorgung als auch im Zusammenleben**

#### **Maßnahmen:**

- a) Bedarfsweise bundesländerübergreifende Kooperation bei Quartieren mit Zusatzbetreuung für allein reisende Frauen
- b) In Abstimmung mit dem Innenministerium (BMI) bundesweite Schutzstandards in den Quartieren – über die allgemein gültigen GVS-Standards hinausgehend. (Bauliche Maßnahmen bei Überprüfung/Neueröffnung wie verschließbare Zimmer, getrennte Schlafräume, verschließbare Dusch- und Toilettenanlagen, räumliche Trennung von Dusch- und Toilettenanlagen für Männer und Frauen, verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung; bei baulichen Gegebenheiten Trennung von Ebenen zwischen alleinreisenden Männern und Frauen/Familien (letztere bekommen, wenn möglich die oberen Stockwerke; stockwerksmäßige Trennung von Dusch- und Toilettenanlagen; Einrichtung von Rückzugsorten für Frauen innerhalb von Unterkünften – innerhalb von bereits existierenden Unterkünften sind die räumlichen Gegebenheiten dazu Voraussetzung –; Nasszellen in den Räumlichkeiten für Frauen bei Belegung im gleichen Stockwerk – räumliche Trennung)
- c) Nahebringen des Angebotes von Frauenberatungsstellen an Asylwerberinnen
  - Das Frauenzentrum Olympe bietet Beratung, Betreuung und Informationen zu den Themen Gesundheit, Bildung, Familie und Arbeit für Asylwerberinnen, Frauen mit Migrationshintergrund sowie für Frauen mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft.
  - Das Therapiezentrum OASIS hilft den Flüchtlingen ihre schlimmen Erlebnisse zu verarbeiten. Das Ziel von der Therapie im OASIS ist, dass das Leben wieder selbstständig bewältigt und gestaltet werden kann.
  - Frauenhelpline als telefonische Beratungseinrichtung für alle Opfer von familiärer Gewalt bzw. von Gewalt in Beziehungen. (0800 222 555, [www.frauenhelpline.at](http://www.frauenhelpline.at)) Bereitstellung eines Nottelefons in den Quartieren für diese Anrufe



- LEFÖ IBF Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel bietet Angebote speziell für weibliche Opfer von Menschenhandel.
  - Gewaltschutzzentrum OÖ – Beratung bei Gewalt in der Familie bzw. in Beziehungen und im sozialen Nahraum sowie bei Stalking, bei Bedarf mit DolmetscherInnen, dezentrale Beratungsangebote flächendeckend in OÖ (Freistadt, Rohrbach, Perg, Steyr, Kirchdorf, Ried i. I, Gmunden, Bad Ischl), Tel.: 0732/607760, [www.gewaltschutzzentrum.at/ooe](http://www.gewaltschutzzentrum.at/ooe)
  - MAIZ/Autonomes Zentrum für MigrantInnen
  - AFZ: Das Autonome Frauenzentrum bietet Beratung zu familienrechtlichen Themen wie Trennung, Scheidung, Obsorge, Kindes-, oder Ehegattenunterhalt sowie Beratung und Prozessbegleitung für von sexueller Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen an.
- d) Schutz für von Gewalt betroffenen Asylwerberinnen auch durch bauliche Maßnahmen wie reine Frauenquartiere und Frauenhäuser
- e) Informationen/Sensibilisierung über Geschlechterrollen und Sexualität (bspw. Baderegeln, Homosexualität, cultural awareness etc.)
- f) Schaffung von Peer-Projekten, bei denen männliche Asylwerber als Botschafter in ihrer Community eingesetzt werden, um die Geschlechterrollen in Österreich zu erläutern.
- g) Transport der Grundregeln des Zusammenlebens auch über Patenprojekte, wie etwa dUNDu, AMIGO, MaMMut
- h) Prävention und Schutz vor häuslicher Gewalt, sexuellen Übergriffen und geschlechtsspezifischer Gewalt – Erkennen und Abhilfe schaffen (quartierinterne und quartierexterne Qualitätssicherung, geschlechtsspezifische Seminare; Infoarbeit in den Quartieren, Hausordnung, Hausversammlungen, Quartierkontrollen durch GVS, Rufseminare, Schulungen des hauptamtlichen Personals, bedarfsweise häufigere und intensivere Kontaktaufnahmen durch Betreuungspersonal etc.)
- i) Vernetzungstreffen zwischen privaten QuartierbetreiberInnen und ReKis (zum laufenden Austausch, Sensibilisierung etc.)
- j) Angebote von Männerberatungsstellen, um Gewalt zu verringern
- k) Wie gut Primärprävention und der Umgang mit bereits straffällig gewordenen AsylwerberInnen gelingt, hat einen maßgeblichen Einfluss auf das Gelingen jeglicher Integrationsbemühungen sowohl auf Ebene des/der individuell betroffenen Asylwerbers/in als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Eine enge Kooperation der Quartiere/Betreuungspersonen mit den Kinderschutzzentren, um die Unterstützung gewaltbetroffener Minderjähriger sicherzustellen. Bei häuslicher Gewalt gegen Frauen ist parallel zur Unterstützung der gewaltbetroffenen Frauen auch Täterarbeit ein notwendiger Beitrag zum Opferschutz. Beginnend bei Normverdeutlichungsgesprächen durch die Exekutive (allenfalls mit Dolmetsch) sind auch sozialarbeiterische Interventionen (z. B. im Falle einer Strafanzeige mittels durch das Gewaltschutzzentrum angeregter vorläufiger Bewährungshilfe nach § 179 StPO) wichtige Maßnahmen.
- l) Vernetzungstreffen (über ReKis) zwischen QuartierbetreiberInnen und den wichtigsten AkteurInnen in der jeweiligen Gemeinde (zum laufenden Austausch, Sensibilisierung etc.).
- m) Unterstützungsmaßnahmen für besonders schutzbedürftige Personen und Familien, die über humanitäre Resettlementprogramme des Bundes in OÖ aufgenommen werden.
- n) Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Frauen mit Kindern während der Einvernahme seitens des BFA/BVwG (z. B. gleichgeschlechtliche Dolmetscherin, Kinderbetreuungsmöglichkeit während der Einvernahme, sodass sich die Frau nicht aufgrund der Anwesenheit des Kindes in ihren Aussagen zurückhalten muss)
- o) Möglichkeiten des interreligiösen Dialogs speziell für Frauen – vor allem Dialog Islam und Christentum – ermöglicht durch die Angebote der Christlichen Kirchen gemeinsam mit der islamischen Glaubensgemeinschaft in OÖ. (Religionsbeirat)
- p) UMF (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)
- Konzepte für die Betreuung in Quartieren für UMFs, die nach ressourcenstärkenden und sozialpädagogischen Maßnahmen wie bspw. der neuen Autorität von Haim Omer ([www.neueautoritaet.at/index.php?id=45](http://www.neueautoritaet.at/index.php?id=45)), forcieren

- Ermöglichung einer Nachbetreuung nach Erreichen der Volljährigkeit, wie dies auch bei österreichischen Jugendlichen in KJH-Einrichtungen möglich ist
- Zugang zu Produktionsschulen – wie auch für österreichische Jugendliche – zur Arbeitsmarktqualifikation ermöglichen
- Ausweitung der Möglichkeiten zur Unterbringung in Pflegefamilien
- Bedarfsorientierte und ausreichende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die die individuellen Fähigkeiten der Jugendlichen fördern (Basisbildung, Deutschkurseangebote, Pflichtschulabschlusskurse am 2. Bildungsweg; Möglichkeiten des Schulbesuchs nach dem Pflichtschulalter)
- Lernbegleitung für Jugendliche im Pflichtschulalter nach der Schule/Unterstützung bei Hausaufgaben
- Ausweitung der bereits bestehenden PatInnenprojekte auch außerhalb von Linz
- Vorübergehende Krisenbetreuungsplätze für UMF, die von einer Wegweisung betroffen sind
- Inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Abwertung und Radikalisierung in pädagogischen und sozialarbeiterischen Bereichen
- Medienkompetenz als Radikalisierungsprävention fördern
- Begegnungsmöglichkeiten durch Gruppenprojekte mit gemischten Gruppen fördern

#### **Ziel 4:**

#### **Alltagsthemen in unserer Gesellschaft kennenlernen: von der Abfalltrennung bis zur Straßenverkehrsordnung**

#### **Maßnahmen:**

- a) Workshops von Landesabfallverband und Bezirksabfallverbänden über richtige Abfalltrennung in den Grundversorgungsquartieren
- b) Projekte zur Konfliktprävention in Wohnsiedlungen. Prozessbegleitung bis hin zum Thema Mülltrennen bzw. Ausbau bestehender Projekte wie bspw. Wohnen im Dialog bzw. Projekte der Wohnplattform
- c) Einzugsbegleitungen ausbauen
- d) StVO-Schulungen durch Exekutive
- e) Radfahrprojekte; Bewerbung von Fahrrad-best-practice Beispielen
- f) Ausweitung von Schülerlotsenprojekten/Schulwegspolizisten, bei denen AsylwerberInnen die StVO näher gebracht wird und diese dann auch sichtbar und aktiv im Sinne der StVO mitwirken können
- g) Rufseminare zu aktuellen Themen für die Zielgruppe der AsylwerberInnen sowie für Personen, die Unterstützung in der Arbeit mit AsylwerberInnen benötigen
- h) In Quartalsschritten werden von der Integrationsstelle entsprechende Schwerpunkte koordiniert

#### **Ziel 5:**

#### **Kennenlernen und Respekt voreinander – Voraussetzungen für ein gutes Miteinander**

#### **Maßnahmen:**

- a) Begegnungen ermöglichen und fördern durch verschiedene Formate wie z. B. das Jahr der Vielfalt, Begegnungsfeste, gemeinsam Kochen und interkulturelle Gärten, gemeinsam im Sport, Tage der offenen Tür in Quartieren

- b) Workshops sowie Informationskampagnen in Schulen und Jugendzentren zu Themen der Gleichberechtigung, Menschenrechte etc. als Prävention gegen Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit (Stand Up!, Jugend im Dialog, Extremismusprävention)
- c) Rufseminare zu diversen Themen (auch als Wissensvermittlung an die Quartierbetreiber zur Sensibilisierung auf die jeweiligen Themenfelder)
- d) Ausweitung der Projekte von PatInnen, die als OrientierungslotsInnen fungieren, für AsylwerberInnen ab 18 sowie für Asylberechtigte
- e) Muttersprachliche StreetworkerInnen installieren
- f) MigrantInnen und Menschen mit Fluchthintergrund als OrientierungslotsInnen (Vorbildwirkung)
- g) Zugang zu Vereinen für neue MitbewohnerInnen erleichtern (Unterstützung der Vereine durch Leitfäden), wie z.B. in Feuerwehr- und Sportvereinen sowie bestehenden Vereinen in Gemeinden (Pfadfinder, Goldhauben-gruppe, Katholische Frauen- und Männerbewegung, Musikvereine, Pfarren, NGOs etc.)
- h) Kultur erfahrbar machen wie beispielsweise das Projekt „Move on“ der Bruckneruniversität
- i) Einrichtung eines Flüchtlingsrates, in dem AsylwerberInnen eine Stimme bekommen & ihre Position gegenüber Politik, Wirtschaft und Verwaltung vertreten können (Dialog führen/gestalten: nicht nach dem Motto, das braucht ihr sondern was brauchen WIR in unserer Gesellschaft)
- j) Einberufen eines BürgerInnenrates, der zum Thema Zusammenleben in der Vielfalt Empfehlungen für die Politik und Verwaltung erarbeitet
- k) Begleitung der Projektentwicklungen und Beratung durch die ReKIs.
- l) Regelmäßige Berichterstattung über positive Beispiele des Zusammenlebens, die quantitative überwiegen, aber aufgrund der überwiegenden Darstellung von negativen Beispielen in den Medien von der Mehrheit der Bevölkerung in Oberösterreich nicht erfasst werden.
- h) Unterstützung und Schaffung von Role-Models in unterschiedlichen Communitys

## **Ziel 6: Gesundheit**

### **Maßnahmen:**

- a) Themenschwerpunkte in Schulen und AsylwerberInnenunterkünften zum Thema Sexualität – Aufklärung für Jugendlichen, Betreuungs- und Lehrpersonal (bspw. Zusammenhang von Trauma und Sexualität, Thema Burkini etc.)
- b) Mehrsprachiges Infomaterial zum Gesundheitssystem (Aufklärungsoffensive Verhalten in der Arztpraxis, Hausarzt statt Ambulanz, Versicherungsleistungen/-arten etc.)
- c) Mehrsprachiges Infomaterial für Frauengesundheit (gynäkologische Fachärztinnen, Verhütung, die Möglichkeit der Fristenlösung etc.)
- d) Ausbau von Projekten, die Menschen mit Migrationserfahrungen als GesundheitslotsInnen ausbilden (z. B.: Projekt Mimi der Volkshilfe, Projekt Ruhsal Saglik von pro mente etc.)
- e) Maßnahmen zur Vielfalt in Krankenhäusern (Videodolmetschmöglichkeiten, DolmetscherInnenpool, Schulungsmöglichkeiten für multilinguale MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen, Erweiterung und Standardisierung von multilingualen Unterstützungsmaterialien wie bspw. Piktogramm-Karten zur Diagnosemöglichkeit) Aufklärungsoffensive zum Thema „Impfen“ in AsylwerberInnenunterkünften für AsylwerberInnen und das Betreuungspersonal
- f) Schaffung und Ausweitung von bedarfsorientierten Therapieangeboten zur Behandlung von Traumatisierungen
- g) Angebote schaffen bzw. Erweiterung der Angebote von Erste-Hilfe-Kursen für AsylwerberInnen

## 2. Deutsch lernen ohne Verzögerung

„Durchs Reden kommen die Leit zam“ – sich zu verstehen und miteinander reden zu können ist ein Grundbedürfnis von uns Menschen. Und natürlich bedeutet die Sprache eines neuen Heimatlandes zu beherrschen ungleich besser teilhaben zu können an der Gesellschaft, dem Arbeitsmarkt und der neuen Um- und Mitwelt. Deshalb starten die Deutschkurse des Landes Oö sofort ab dem Einzug in das Asylquartier – auch um die Wartezeit bis zum Asylbescheid sinnvolle zu Nutzen.

### **Ziel 1:**

**Flächendeckendes, bedarfsorientiertes und flexibles, niedrighschwelliges Angebot an Deutschkursen bereits im Status Asylverfahren. Bis zum Asylbescheid sollen die Grundkenntnisse deutscher Sprache vorhanden sein.**

### **Maßnahmen:**

- a) Deutsch von Anfang an – flächendeckendes Angebot an Deutschkursen für AsylwerberInnen ab dem Einzug in die Grundversorgungsquartiere; Alphabetisierungsinitiative für betroffene Zielgruppen in Abstimmung Land-/Innenministerium
- b) Das Zusammenspiel ehrenamtlicher Deutschkurse – institutionelle Anbieter muss gestärkt bleiben
- c) Förderung ehrenamtlicher Deutschkurse durch Bereitstellen von Materialien, Förderung der Prüfungsgebühren etc.
- d) Unterstützung der ehrenamtlichen Angebote zum Deutsch lernen, etwa durch Workshops und Übernahme der Prüfungsgebühren
- e) „Begegnungscafés“ als niederschwelliges Angebot für integratives Deutschlernen
- f) Unterstützung des ehrenamtlichen Bereiches durch Übernahme Prüfungsgebühren und Bereitstellung von Lernunterlagen
- g) Lern- und Begegnungscafés mit pädagogischem Konzept ausbauen
- h) Deutsch erfahrbar machen – regionales erreichbares dezentrales Kursangebot schaffen (damit auch die Anreise leistbar ist)
- i) Öffnung des Bildungsstandorts Schule – auch für Eltern durch Elternarbeit (wie es beispielsweise durch das Rucksackprojekt (IIP) umgesetzt wird)
- j) Anschlussfähigkeit der Deutschkurs-Programme von BMI und BMEIA für unterschiedliche Anspruchsgruppen
- k) Erreichbarkeit von Lehrstellen, Ausbildungen, Deutschkursen durch leistbare Fahrtkosten
- l) Spezielle Deutschangebote auch für bereits länger in Oberösterreich lebende MigrantInnen, dabei einen Schwerpunkt für Frauen

## **Ziel 2: Sprachausbildung von Kindheit an**

### **Maßnahmen:**

- a) Vollständige Integration aller kindergartenpflichtigen Kinder in Kindergärten und schulpflichtigen Kinder in Pflichtschulen (siehe Bildung)

## **Ziel 3: Sprachausbildung für Gruppen mit Migrationserfahrung, die in der Vergangenheit nicht/zu wenig Beachtung gefunden haben**

### **Maßnahmen:**

- a) Gezielte Sprachförderung von Frauen
  - Alphabetisierungs- und Deutschkurse für Frauen, die bei Alltagskompetenz und praktischen Fähigkeiten der Frauen ansetzen (Ressourcenstärkung/Abbau mentaler Barrieren)
  - Mutter-Kind-Deutschkurse
  - Möglichkeiten von Kinderbetreuungsplätzen schaffen bzw. ausbauen für Kinder von Asylwerberinnen, die Deutsch- bzw. Weiterbildungskurse besuchen

# 3. Bildung, Ausbildung, Qualifizierung als Schlüssel zur Integration

## Ziel 1:

### Vollständige Integration in Kindergärten und Pflichtschulen

#### Maßnahmen:

- a) Sprachförderung während und nach dem Unterricht durch Sprachstartgruppen, Sprachfördergruppen, temporärer Aufnahme in offene Sprachklassen bzw. integrativ je nach Erfordernissen des Standortes mit dem Fokus auf integrative Führung.
- b) Beschleunigung der Anträge auf Schülerfreifahrt durch Direktabwicklung
- c) Gewährung von SchülerInnenfreifahrt für alle in Ausbildung befindlichen AsylwerberInnen und Asylberechtigte
- d) Ausbau von Kindergärten mit interkulturellem Kontext
- e) Ausreichend Kinderbetreuungsplätze für Kinder von AsylwerberInnen und Asylberechtigten, die einen Deutschkurs besuchen bzw. sich in (Weiter)Bildungsmaßnahmen befinden
- f) Elternbildungsmaßnahmen sowie Aufklärung über außerschulische Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Kinder
- g) Ausbau und Erweiterung von Schulungen zur interkulturellen und interreligiösen Kompetenz sowie zu den Themen Asyl-Flucht-Trauma für PädagogInnen (Materialien, räumliche Maßnahmen, die kultursensibel gestaltet sind)
- h) Einbinden der MSO (MigrantInnenselbstorganisationen) in die Schulungen zur interkulturellen und interreligiösen Kompetenz
- i) Ausbau muttersprachliche BegleitlehrerInnen in den Klassen
- j) Kompetenzchecks einmal jährlich direkt in den Grundversorgungsquartieren zur Erhebung des Qualifizierungspotenzials, solange dies noch nicht direkt im Asylverfahren umgesetzt wird
- k) Schaffung bzw. Erweiterung der Hausaufgabenlernbegleitung für AsylwerberInnen nach den institutionalisierten Schul- bzw. Bildungsmaßnahmen

## Ziel 2:

### Den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen fördern

#### Maßnahmen:

- a) Frühzeitige Erfassung von bestehenden Qualifikationen im Zuge des Erstinterviews
- b) Flächendeckendes Angebot zum Nachholen einer Basisbildung, um die Konkurrenz im Bereich schlecht ausgebildeter ArbeitnehmerInnen möglichst hintanzuhalten.
- c) Flächendeckendes Angebot zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses um die Konkurrenz im Bereich schlecht ausgebildeter ArbeitnehmerInnen möglichst hintanzuhalten.

- d) Ausbau von Lehrgängen zur Vorbereitung auf den Pflichtschulabschluss sowie Lehrgängen zur Vorbereitung auf den Einstieg in eine höhere Schule bzw. in das duale System in Absprache mit dem BMB (Bundesministerium für Bildung) sowie mit dem LSR
- e) Ausbau der Studienplätze für AsylwerberInnen und Asylberechtigte durch Projekte wie z. B. More
- f) Zugang zu Förderungen/Stipendien unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung von österreichischen StudentInnen bzw. StudentInnen aus Drittstaaten.
- g) Aufnahme mehrerer Länder (Irak, Syrien, Somalia etc.) in die Liste der (Entwicklungs-)Länder, die von den Studiengebühren an österreichischen Universitäten befreit sind
- h) Ausbau von Angeboten der Berufsorientierung für AsylwerberInnen, Asylberechtigten und MigrantInnen zur Förderung der Arbeitsmarktintegration
- i) Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen, die in Mangelberufen gefragt sind, für AsylwerberInnen (bspw. Hotel- und Restaurantfachfrau/-mann)
- j) Regionales Angebot für den erwachsenengerechten Pflichtschulabschluss (Pflichtschulabschluss am zweiten Bildungsweg)
- k) Gewährung von SchülerInnenfreifahrt, Lehrlingstickets, StudentInnentickets und Jugendnetztickets für alle in Ausbildung befindlichen AsylwerberInnen und Asylberechtigte zu anerkannten Ausbildungsstätten (Schule, Lehre, Uni, Ausbildung ...)
- l) Anerkennung einer Ausbildung mit entsprechendem Erfolg als Nachweis der Bemühungspflicht unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung all jener mit Anspruch auf BMS
- m) Deutschkurse mit Fachsprachen in den Berufsschulen für Nicht-MuttersprachlerInnen bei Bedarf
- n) Es bedarf einer vereinheitlichten Vorgehensweise und entsprechender Koordination und Abstimmung der angebotenen Deutschkurse der unterschiedlichen Ministerien BMI und BMEIA, um die Nahtstelle zwischen Asylwerbestatus und Asylberechtigten im Bereich des Erwerbs von Sprachkompetenzen bestmöglich zu koordinieren und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.
- o) Öffnung der allgemeinen Erwachsenenbildung für interkulturelle und interreligiöse Bildung und Integration. In diversen Erwachsenenbildungseinrichtungen des Landes OÖ und der christlichen Kirchen wird Begegnung geschaffen und Integration zusätzlich zur Berufsausbildung ermöglicht
- p) Berufsmessen mit dem Schwerpunkt auf Bewerbung, Vernetzung, Austausch etc.

# 4. Integration am Arbeitsmarkt als wichtiger Schlüssel für die Integration

## **Ziel 1:**

**Ermöglichen einer möglichst raschen und nachhaltigen Integration am Arbeitsmarkt während dem Asylverfahren**

### **Maßnahmen:**

- a) Frühzeitige Erfassung von bestehenden Qualifikationen im Zuge des Erstinterviews im Asylverfahren
- b) Massiver Ausbau und klare Leitlinien über die Handlungsmöglichkeiten für gemeinnützige Tätigkeiten (bes. für Gemeinden), Erweiterung der Trägerorganisationen, versicherungstechnische Absicherung
- c) Ermöglichung der Beratung und Betreuung auch von AsylwerberInnen durch das AMS
- d) Schulungen für Bewerbungsgespräche/-verfahren sowie Berufsorientierungskurse bereits für AsylwerberInnen mit sicherer Bleibeperspektive
- e) Schnuppertage in Firmen zur Präzisierung und Erweiterung der Qualifizierungschecks
- f) Ausbau von Berufsnetzwerken in OÖ. Ermöglichen von Schnuppertagen, Arbeitstrainings, Arbeitserprobung und Praktika, MentorInnenprogramm am Weg zur Lehrstelle
- g) Konsequenter Ausbau der Lehrplätze in Mangelberufen für junge AsylwerberInnen: Unterstützungsmaßnahmen wie bspw. Jugend- und Jobcoaches auch für AsylwerberInnen
- h) Prüfung der Aufnahme jugendlicher AsylwerberInnen zur Erleichterung der Qualifizierung in ausbildungsrelevante Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds, des AMS und des SMS. Beispiele hierfür sind die Lehrlingsfreifahrt, unentgeltliche Schulbücher für die Berufsschule, Einstellungsförderungen für benachteiligte Jugendliche, verlängerte Lehrzeit und Arbeitsassistenz.
- i) Programm zur Förderung von Lehrstellen in Mangelberufen bei Unternehmen und AsylwerberInnen
- j) Ausbau und Bewerbung von Volontariaten für AsylwerberInnen
- k) Ausbau des Kontingents für Saisonarbeit in gezielten Regionen (bspw. Saisonarbeit im Tourismussektor in der Region Salzkammergut)
- l) Ehrenamtliche Tätigkeiten für AsylwerberInnen bewerben und ausbauen als Schritte zu mehr Tagesstruktur und Integration
- m) Förderung von selbstständiger Tätigkeit
- n) Aufklärung unter der Zielgruppe der AsylwerberInnen, welche gemeinnützigen Tätigkeiten erlaubt sind

## **Ziel 2:**

**Ermöglichen einer möglichst raschen und nachhaltigen Integration am Arbeitsmarkt bei positivem Asylbescheid bzw. Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten**

### **Maßnahmen:**

- a) Freiwilliges Integrationsjahr: Zugang erleichtern, Ausweitung bzw. Bewerbung der Einsatzmöglichkeiten in den Bereichen Naturschutz und Umwelt (z. B. Alpenverein) sowie Kultur



- b) Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen – raschere Nostrifizierungen: Leitlinie/Aufklärungskampagnen bzw. Unterstützung im Dschungel des Nostrifizierungsprozesses
- c) Berufsspezifische Sprachqualifizierung
- d) Ausbau von Netzwerken zur Begleitung bei der Nostrifizierung
- e) Ermöglichung von fach einschlägigen Hilfsdiensten im Nostrifizierungsverfahren (bspw. Arzt als Krankenhelfer)
- f) Anerkennung einer Ausbildung mit entsprechendem Erfolg als Nachweis der Bemühungspflicht
- g) Dokumentation der Bemühungspflichten und Kursmaßnahmen (Eintrag der jeweiligen Schritte von BMS, AMS, IdA und anderen Kursmaßnahmen), um Doppelgleisigkeit zu vermeiden
- h) AMS-Qualifizierungsoffensive aufbauend auf Kompetenzprüfungen
- i) Aufbau von Mentoring-Programmen – v.a. in den Bezirken/Regionen
- j) Ressourcen/Kompetenzen bzw. Ausweitung Auftrag des AMS während des Asylverfahrens
- k) Ziel des Landes ist es, die mitgebrachten Qualifikationen der AsylwerberInnen bestmöglich zu nutzen.  
Erarbeitung eines entsprechenden Gesamtpaketes gemeinsam durch das Wirtschafts- und Integrationsressort
- l) Clearing einschließlich muttersprachlicher Beratung in Bezug auf Arbeitsmarktintegration in den Regionen (IdA – Integration durch Arbeit, check in@work)
- m) Einstiegsunterstützung in den Arbeitsmarkt
- n) Bezirksvernetzungsstellen der Integrationsstelle OÖ zwischen Wirtschaft, AMS, Bildungsbereich, BHs, ReKis, Gemeinden und privaten Helferinnen
- o) Einrichtung von Arbeitsgruppen „Asyl-positiv – was nun?“ und einer Moderation durch die ReKis.
- p) Eine gesteuerte und kontrollierte Öffnung des Arbeitsmarktes analog zu Deutschland und wie von den österreichischen Sozialpartnern bereits im Jahr 2011 vorgeschlagen in Mangelberufen ab dem 6. Aufenthaltsmonat nach Durchführung des Ersatzkräfteverfahrens
- q) Das Erfordernis der Bemühungspflicht nach der Mindestsicherung arbeitsmarktfreundlich gestalten

# 5. Bereich Wohnen

## Ziel 1:

**Ausreichend Plätze in der Grundversorgung in kleinen und mittleren Strukturen absichern**

### Maßnahmen:

- a) Akkordierte Bedarfsplanung der GVS mit dem Bundesministerium für Inneres
- b) Reservehaltung für mögliche Krisensituationen. (Anm.: Die für das Land derzeit kostenfreie Reservehaltung ist sowohl von der Quartierauslastung als auch von der finanziellen Stärke der einzelnen Quartiergeber abhängig.)
- c) Qualitätssicherungsmaßnahmen vor allem für vulnerable Personen

## Ziel 2:

**Den Übergang nach der Grundversorgung gut schaffen**

### Maßnahmen:

- a) Erstellung einer Prognoseberechnung für den Wohnungsbedarf 2016 bis 2020
- b) Schaffen von Startwohnungen für Asylberechtigte, die für eine bestimmte Dauer für Asylberechtigte nutzbar sind (z. B. durch das Nutzen leerstehender GVS-Quartiere.)
- c) Nutzung der Möglichkeiten der bisherigen Mandatswohnungen auch für die aktuelle Fluchtsituation
- d) Öffnung bestehender Leerstände der gemeinnützigen Wohnbauträger
- e) Schaffung eines Kreditfonds für Kautionen
- f) Sonderwohnbauprogramm des Bundes
- g) Wohnungssanierungsprojekte gemeinsam mit unseren neuen MitbewohnerInnen wie bspw. ein Projekt in Oberneukirchen, wo sanierungsbedürftige Wohnungen in Kooperation mit Asylberechtigten/-werberInnen wieder in Schuss gebracht und bewohnbar gemacht werden
- h) Bestehende Leerstände im privaten Bereich durch Anreizmodelle wie bspw. dem Dornbirner-Modell öffnen
- i) Forcierung und Ausbau der Einzugsbegleitung zur Konfliktprevention
- j) Ausbau und Erweiterung regionaler Spendenmöbellager, bzw. von ReVital-Shops und Informationen über dieses Angebot und Strukturen für Flüchtlingen
- k) Quartiersnutzung nach der Mindestsicherung für positiv Beschiedene für die Dauer von 12 Monaten ermöglichen

# 6. Integration vor Ort – in der Gemeinde beginnt's

Der Hauptort der Integration ist die Gemeinde. Kommunale Integrationsarbeit ist deshalb von Bedeutung, weil erfolgreiche Integration vor Ort der Schlüssel zu einer funktionierenden Gesellschaft und einem gelingenden Zusammenleben ist. Nirgendwo sonst wird Integration spürbarer als im täglichen Miteinander der Menschen vor Ort.

## **Ziel 1:**

**Das Integrationsressort setzt auf enge Zusammenarbeit mit und starke Unterstützung der Gemeinden.**

## **Maßnahmen:**

- a) Starke Einbindung der Gemeinden in das Netzwerk Integration
- b) Steuerungsgruppe in den Gemeinden mit klarer Arbeitsverantwortung bei der Integrationsarbeit
- c) Regelmäßige BürgermeisterInnenkonferenzen in den Bezirken zur Integrationsarbeit
- d) Jährliches kommunales Vernetzungstreffen mit den Integrationsbeauftragten der Gemeinden.
- e) Jährliche Oö. Integrationskonferenz
- f) HelferInnenkonferenzen zur Stärkung des Ehrenamtes im Flüchtlingswesen
- g) Unterstützungsmaßnahmen für die ehrenamtlich tätigen Personen im Flüchtlingsbereich (bspw. Möglichkeiten zur Supervision, Workshopangebote durch die Integrationsstelle zu aktuellen Themen – bereits in Umsetzung –, Schulungen zur interkulturellen Kompetenz etc.)
- h) Regionale Angebote zur Vernetzung von in der Flüchtlings- und Integrationshilfe tätigen Ehrenamtlichen
- i) Unterstützung der Integrationsarbeit der Gemeinde durch die ReKis
- j) Schulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu Gleichbehandlungsfragen für Personal im öffentlichen Dienst. Aufgrund der gestiegenen Anzahl von AsylwerberInnen besteht vermehrt der Bedarf an Information im öffentlichen Dienst betreffend Diskriminierungen und Gleichbehandlung. Durch gezielte Information und Aufklärungsarbeit zu diesem Thema sowie durch gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen und NGOs kann Bewusstsein geschaffen und so Diskriminierung verhindert werden.
- k) Stärkung und Ausbau der Vielfalt des Personals in der Verwaltung
- l) Unterstützung durch die Bezirkshauptleute, die regionale Integrationssteuergruppe der Bezirke
- m) Bezirksvernetzungstreffen der Integrationsstelle OÖ zwischen Wirtschaft, AMS, Bildungsbereich, BHs, Gemeinden und privaten HelferInnen
- n) Bezirkshauptleute, Bezirkssteuerungsgruppen und ReKis steuern gemeinsam die Umsetzung des Integrationsmasterplans in den Gemeinden.

# III.

## Die Umsetzung

### Einleitung

Aufgrund der weiter aufrechten und teilweise zunehmenden Fluchtursachen wird Oberösterreich auch in Zukunft mit einer starken Zahl von AsylwerberInnen konfrontiert sein. Integrationsarbeit muss daher konsequent geplant und in einem mehrjährigen Prozess der Landespolitik nachhaltig eingesetzt werden. Der vorliegende Masterplan Integration ist daher das präzise Arbeitspapier vom Integrationsressort mit einem Netzwerk Integration in Oberösterreich.

### Struktur der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene

Oberösterreich stützt sich bei der Integrationsarbeit auf ein klar strukturiertes Netzwerk Integration mit klaren Aufgaben und klarer Verantwortung von der Steuerungsgruppe des Landes über Steuerungsgruppe in allen Bezirkshauptmannschaften bis hin zu den Steuerungsgruppen der Gemeinden.

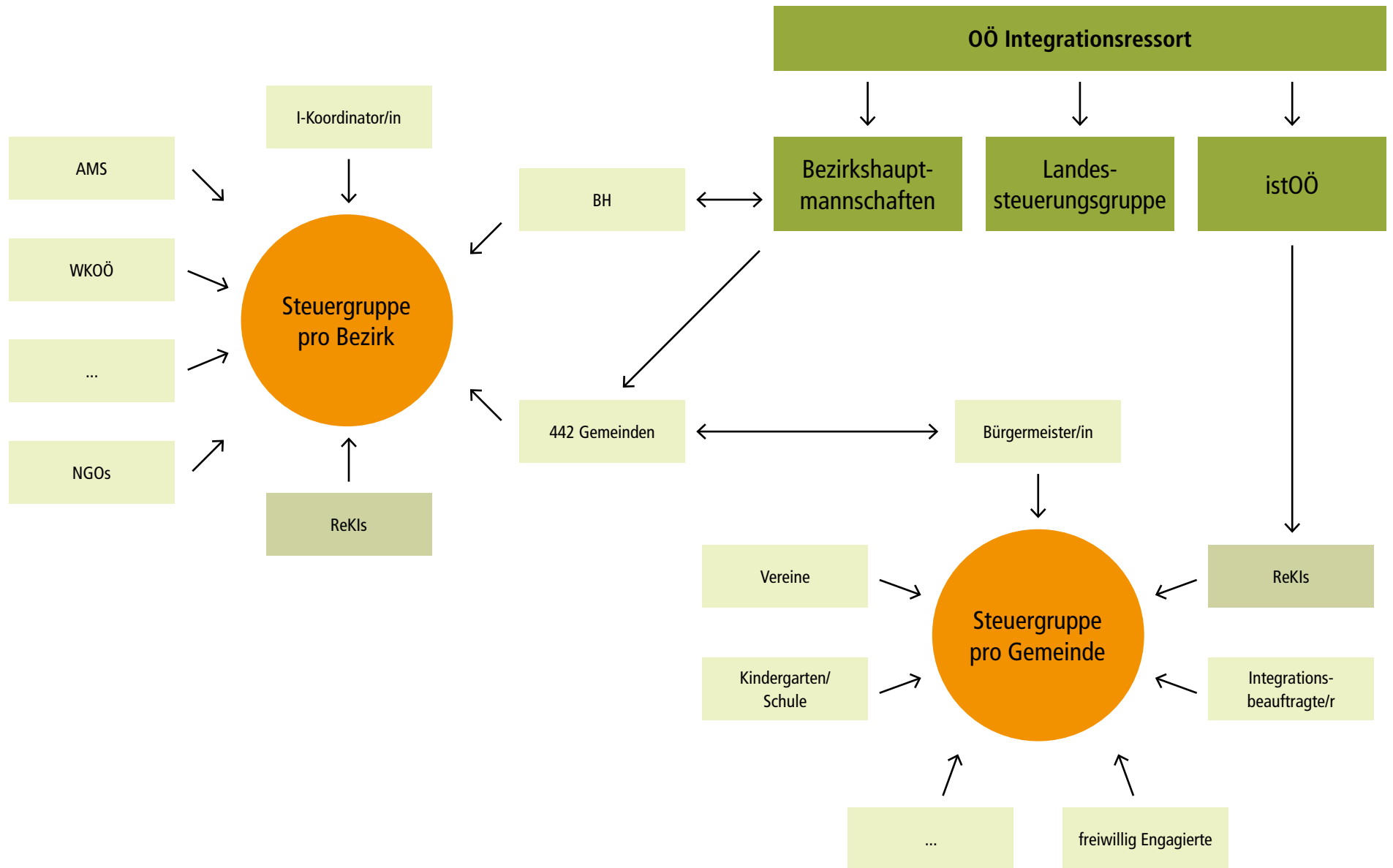
Die Steuerungsgruppe des Landes wird geleitet vom Integrationslandesrat. Sie tagt zweimal im Monat und koordiniert die Integrationsarbeit in Oberösterreich und bearbeitet und löst Problembereiche.

In ihr sind neben dem Integrationsressort folgende VertreterInnen dabei:

- der Landes-Fachdienststellen (Grundversorgung, Integration, Wirtschaft, Bildung)
- des Landesamtsdirektors
- des Landeshauptmannes
- des Wirtschaftslandesrates
- des Bildungslandesrates
- des Bundesministeriums für Inneres
- des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl
- der Bezirkshauptmannschaften
- der Landespolizeidirektion
- des Büros der Stadträtin für Integrationsangelegenheiten
- des Magistrats der Stadt Linz
- des Landesschulrates
- der in der Flüchtlingsbetreuung tätigen NGOs (Volkshilfe, Caritas, Diakoniewerk, Rotes Kreuz, SOS-Menschenrechte, Noah Sozialbetriebe, pro mente, Arbeiter-Samariter-Bund)
- der Regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKIs)
- der Plattform „ZusammenHelfen in Oberösterreich - Gemeinsam für geflüchtete Menschen“
- des Arbeitsmarktservices

Die Steuerungsgruppen der Bezirke werden von den Bezirkshauptleuten geleitet. Sie stellen die Mitglieder der Steuerungsgruppen zusammen. In ihr sind zumindest Vertreter der NGOs, des regionalen AMS, der regionalen Wirtschaft, des Bezirksschulrates sowie des Bezirks-ReKIs vertreten. Ihre Aufgabe ist die Koordination der Integrationsarbeit im Bezirk.

Abbildung 1: Struktur kommunale und regionale Integrationsarbeit, ist OÖ 2016



## Rollen der kommunalen und regionalen Integrationsarbeit

	Politik	Verwaltung	Regelsysteme	Organisationen mit Schwerpunkt Integrationsarbeit	Regionale Kompetenzzentren (ReKIs)	Allgemeine Zivilgesellschaft	ZusammenHelfen in Oberösterreich – Gemeinsam für geflüchtete Menschen
Ebene	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mitglieder der Oö. Landesregierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Amt der Oö. Landesregierung</li> <li>istOÖ</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Sozial- und Gesundheitssysteme</li> <li>Interessenvertretungen</li> <li>Sonstige Regelsysteme, z. B.:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>Kindergärten</li> <li>Schulen</li> <li>AMS</li> <li>Wohnbauträger</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Organisationen, die im Flüchtlings-, Migrations- und Integrationsbereich tätig sind</li> </ul>	TrägerIn: <ul style="list-style-type: none"> <li>Caritas für Menschen in Not</li> <li>Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung</li> </ul>	JedeR Einzelne der Bevölkerung – unabhängig von der Herkunft	Unabhängiges LandesFreiwilligenzentrum (ULF) – Team von ZusammenHelfen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>BürgermeisterInnen</li> <li>GemeinderätInnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bezirkshauptmannschaften</li> <li>Magistrate/ Gemeinden</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>MigrantInnen-Selbstorganisationen z. B. Kulturvereine, ethnische Vereine, Dachverbände</li> </ul>		Plattformen, Vernetzungsgruppe, Arbeitskreise, freiwillig Engagierte ...	
Rollen/Aufgaben	Politisches Bekenntnis zu einer potenzial- und zukunftsorientierten Integrationspolitik. Politische Vorgaben für notwendige Maßnahmen.	Erfüllung öffentlich rechtlicher Aufgaben gegenüber der Gesellschaft  Entwicklung von Strukturen und Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen. <ul style="list-style-type: none"> <li>Kommunikations- &amp; Koordinationsdreh-scheibe</li> <li>Trägerin einer Gesamtstrategie</li> <li>Auftraggeberin für Maßnahmen</li> <li>Subventionsgeberin</li> <li>Impulsgeberin</li> <li>Arbeitgeberin</li> </ul>	Förderung der gleichberechtigten Teilhabe am Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem sowie am Arbeitsmarkt aller OberösterreicherInnen.  Entwicklung von Strukturen und Angeboten, die auf die unterschiedlichen Zielgruppen eingehen.	Entwicklung und Anbieten von integrationsfördernden Maßnahmen.  Fachliche und häufig mehrsprachige Beratung und Unterstützung von Zugewanderten.  SprecherInnen- und VermittlerInnenrollen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aufbau/Implementierung von nachhaltigen Arbeits- und Vernetzungsstrukturen (Region, Bezirk, Gemeinde) und zielgerichteten Informations- und Wissensplattformen</li> <li>Unterstützung bei der Entwicklung von neuen/ zusätzlichen bzw. bei der Weiterentwicklung und Optimierung von bestehenden Angeboten</li> <li>Fachstelle für Integration, Migration und Diversität</li> </ul>	Unterstützen von benachteiligten Gruppen.  Wahrnehmen von Interessen benachteiligter Gruppen.  Unterstützung und Begleitung im Alltag.  Mitwirkung beim Ermöglichen sozialer Integration (Begegnung).  Mitwirkung bei der Umsetzung der Integration auf kommunaler Ebene.	Erstanlaufstelle rund um das Thema „Gemeinsam für geflüchtete Menschen“ für Engagierte und Interessierte  Bündelung von Informationen rund um den Bereich Flüchtlingshilfe/Integration  Erarbeitung diverser Infopakete zu aktuellen Themen  Planung und Umsetzung von Veranstaltungen  Durchführung von Befragungen und deren Auswertung  Teilnahme an Landessteuerungsgruppe  Fachstelle für freiwilliges Engagement

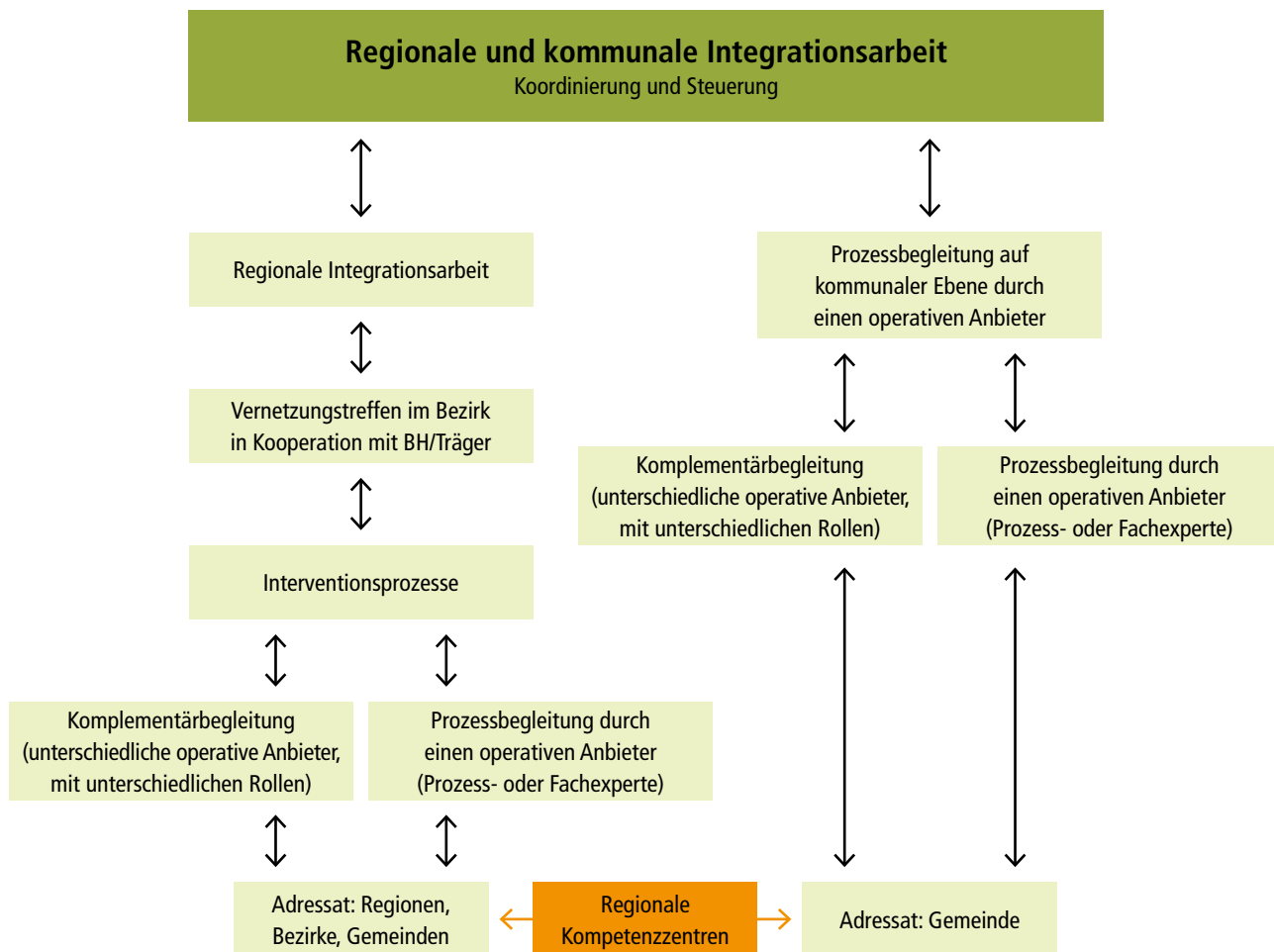
# Struktur der kommunalen und regionalen Integrationsarbeit

Nicht nur in den städtischen Ballungsräumen ist Zuwanderung zu einer maßgeblichen Größe demografischen Wandels und des Bevölkerungswachstums geworden, auch in ländlichen Regionen und Gemeinden findet Zuwanderung statt. Daher liegt der Fokus der Integrationsstelle Oberösterreich auf der kommunalen und regionalen Integrationsarbeit, um die Gemeinden und Regionen in der Integrationsarbeit zu unterstützen.

Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ergeben sich in Oberösterreich folgende Ebenen der regionalen und kommunalen Integrationsarbeit:

Die Koordinierung und Steuerung der regionalen und kommunalen Integrationsarbeit insgesamt obliegt der istÖO als Fachstelle. Als verschiedene Zweige ergibt sich auf der einen Seite die regionale Integrationsarbeit, mit den Vernetzungstreffen in den Bezirken. Adressaten der Vernetzungstreffen in den Bezirken können sowohl Regionen, Bezirke als auch Gemeinden sein. Auf der anderen Seite erfolgt Prozessbegleitung auf kommunaler Ebene durch die istÖO bzw. durch andere operative Anbieter.

**Abbildung 2: Regionale und kommunale Integrationsarbeit (Quelle: Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Soziales, istÖO)**





Die Interventionsprozesse bzw. die Prozessbegleitung können einerseits in Form einer Komplementärbegleitung – also durch unterschiedliche operative AnbieterInnen in unterschiedlichen Rollen und Funktionen – stattfinden, andererseits in Form einer Prozessbegleitung durch nur eine operative Anbieterin oder einen operativen Anbieter, die oder der Prozess- und Fachexpertise in sich vereint.

Die Regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKIs) sollen als Bindeglied zwischen den beiden Strängen der regionalen und kommunalen Integrationsarbeit fungieren.

## **Ziele der regionalen und kommunalen Integrationsarbeit**

Ausgehend von den vier integrationspolitischen Leitlinien des Landes Oberösterreich (Vielfalt leben. Teilhabe sichern. Zusammenhalt stärken. Gemeinsam Verantwortung tragen.) werden folgende Ziele für die kommunale/regionale Integrationsarbeit formuliert:

- Berücksichtigen regionaler und örtlicher Besonderheiten
- Gemeinden/Regionen/Bezirke erhalten kompetente Informationen/Beratung Begleitung/Unterstützung in den für sie relevanten Bereichen
- Gemeinden/Regionen/Bezirke können Ziele entsprechend ihrer Ausgangssituation realistisch einschätzen und die daraus resultierenden Aktivitäten auf struktureller oder operativer Ebene setzen
- Gemeinden/Regionen/Bezirke können die Lebensqualität und Zufriedenheit ihrer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessern
- Sicherstellen des Angebots von bedarfs- und fachgerechter sowie zielgerichteter Leistungen
- Förderung eines inhaltsübergreifenden, vernetzten und koordinierten Arbeitens mit Blick auf die verschiedenen Ebenen (Makro-, Meso- und Mikroebene bzw. Politik/Verwaltung)

## **Regionale Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKI)**

Im Mittelpunkt der regionalen/kommunalen Integrationsarbeit des Landes Oberösterreichs steht eine strategische Ausrichtung:

- für eine praxisnahe und umsetzungsorientierte Aufbereitung der Erkenntnisse sowie deren Umsetzung für die unterschiedlichen AkteurInnen auf den unterschiedlichen Ebenen in den Gemeinden/Regionen/Bezirken,
- für die Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen zur Erarbeitung einer inhaltsübergreifenden, vernetzten und koordinierten Vorgehensweise sowie für die Verankerung auf kommunaler Ebene

Ausgehend von diesen Grundüberlegungen sowie den bisherigen Erfahrungen, dass es Instrumente für eine kontinuierliche Bearbeitung/Begleitung der Thematik Integration/Migration/Diversität auf regionaler/kommunaler Ebene braucht, rücken Überlegungen, die politischen, strukturellen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen in ihrem Zusammenwirken und ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen, stärker in den Fokus und es gilt diesen Herausforderungen im Rahmen der regionalen/kommunalen Integrationsarbeit noch stärker Rechnung zu tragen. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, wurden die vormals bestehenden Integrationsbüros von der Integrationsstelle OÖ (istOÖ) in einem Entwicklungsprozess von Jänner 2013 bis April 2015 mit den Trägern Caritas für Menschen in Not und der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung in Regionale Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKI) umgestaltet. ReKIs bestehen flächendeckend in allen Bezirken Oberösterreichs, mit Ausnahme der Statutarstädte Linz, Wels und Steyr.

ReKIs unterstützen Gemeinden und Institutionen in allen Vorhaben der Integration und bieten strategische Prozessbegleitung für Gemeinden. Sie begleiten lokale Akteurinnen und Akteure bei der Entwicklung von Vernetzungsstrukturen und sind kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu den Themen Integration, Migration und Interkulturalität.

## **Aufgaben/Tätigkeitsbereiche der ReKIs**

- Organisation von Bezirksvernetzungstreffen aller relevanter AkteurInnen auf regionaler Ebene (Bezirk)
- Begleitung von Vernetzungstreffen der freiwillig Engagierten auf regionaler Ebene
- Räume für Best Practice und Erfahrungsaustausch auf regionaler und lokaler Ebene bieten
- Moderation von Informationsveranstaltungen für BürgerInnen
- Moderation von Koordinierungs-Workshops von freiwillig Engagierten
- Moderation von Steuerungsgruppen in den Gemeinden
- Moderation von Projektentwicklungs-Workshops (bedarfsorientiert)
- Moderation von Sensibilisierungsveranstaltungen (bedarfsorientiert)
- Moderation und Beratung bei Ideenfindung und Visionsuche in der Gemeinde
- Organisation von Expertenveranstaltungen (aus dem Expertenpool der istÖÖ)
- Laufende bedarfsorientierte Beratung und Begleitung der Gemeinden

Die istÖÖ agiert in ihrer Rolle der Koordinierung und Steuerung regionaler und kommunaler Integrationsarbeit als Auftraggeberin sowie Expertinnenstelle zum Thema Migration, Integration und Diversität. Die Zusammenarbeit mit den Organisationen basiert auf einer jährlich festzulegenden Zielvereinbarung. Die Durchführung nachhaltiger Interventionsprozesse und Schaffung der dafür notwendigen Strukturen liegt im Verantwortungsbereich der ReKIs.

## **Danke für die Mitarbeit!**

Der Masterplan Integration wurde bearbeitet durch:

- Büro LR Anschober
- Arbeiter Samariterbund OÖ
- autonomes Frauenzentrum
- BesucherInnen der 2. HelferInnenkonferenz 2016
- Bezirkshauptmannschaften
- BürgerInnenrat, Nov. 2016
- Caritas OÖ
- Diakoniewerk OÖ
- Direktion Soziales und Gesundheit des Landes OÖ
- Diözese Linz
- EXIT-sozial, Verein für psychosoziale Dienste
- Frauenhaus Linz
- freiwillig Engagierte
- Gewaltschutzzentrum OÖ
- Haus der Frau Linz
- Institut Suchtprävention, pro mente oö
- Integrationsobmänner/-frauen der Gemeinden
- Kroatische Gemeinschaft in OÖ

- Landespolizeidirektion OÖ
- Landesschulrat OÖ
- Landesgericht Linz
- Magistrat Linz
- maiz – Autonomes Zentrum von & für Migrantinnen
- migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ
- NEUSTART OÖ
- Noah Sozialbetriebe
- pro mente OÖ
- Institut für Sexuapädagogik
- Regionale Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKi)
- Rotes Kreuz OÖ
- SOS-Menschenrechte
- Stadträtin Eva Schobesberger
- Stadträtin Karin Hörzing
- Verein Atib, Linz
- Verein der Bosniaken „NUR“
- Volkshilfe OÖ Flüchtlings- & MigrantInnenbetreuung GmbH
- ZZI – Zentrum der zeitgemäßen Initiativen
- ZusammenHelfen in Oberösterreich – Gemeinsam für geflüchtete Menschen
- u. v. m., die ihre Anregungen, Unterstützungen etc. laufend eingebracht haben.